

Friedrich-August-von-Hayek-Preis für Wirtschaftspublizistik

Anrede

- Als erstes danke ich Ihnen, sehr geehrter Herr Bundespräsident Köhler, sehr geehrter Herr Professor Gerken, und mit Ihnen dem Kuratorium der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung für die Auszeichnung mit dem Preis für Wirtschaftspublizistik. Ich betrachte diese Ehrung als Ermutigung und versichere gern, daß ich mich frisch genug fühle, dem auch weitere, nur in Worte zu fassende Taten folgen zu lassen. Es ist aus meiner Sicht wichtig, daß wir uns mehr in die öffentlichen Angelegenheiten einmischen. Wo die öffentliche Kommunikation immer schneller, immer lauter, auch immer kurzatmiger und ergo kurzlebiger wird, da kommt es auf die Mitsprache gerade derer an, die wissen, daß es im demokratischen Rechtsstaat nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten gibt.
- Ihnen, sehr geehrter Herr Professor Issing, gilt mein großer Dank für Ihre ehrenden Worte. Sie werden mir wahrhaftig mehr als gerecht und erfreuen mein Herz. Gäbe es auch in der EU eine Aufgabe wie die eines Lordsiegelbewahrers, Ihnen würden wir „Nordlichter“ umgehend – gewissermaßen mit Brief und Siegel - den Euro anvertrauen! In der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft sind wir dankbar, Sie an unserer Seite zu wissen.
- Es ist sehr schade, daß Frau Kommissarin Vestager hier und heute in Freiburg nicht dabei sein kann. Ich hätte ihr gern gesagt, daß ich Sie am liebsten als Präsidentin der EU-Kommission wieder treffen würde. Denn ich bin nach allem, was ich über Sie zu wissen glaube, überzeugt: Sie wäre erst recht in dieser Funktion ein Gewinn für Europa.

Herr Professor Issing, Sie haben meinen Hinweis auf die durch den deutsch-deutschen Vertrag zur Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion für ganz Deutschland unmißverständlich geklärte Rechtslage hervorgehoben. Darüber freue ich mich sehr. Wir leben und arbeiten dementsprechend auf einer ordnungspolitisch und zudem rechtlich gesicherten Grundlage, nämlich auf der der Sozialen Marktwirtschaft. Sie wird „insbesondere bestimmt“ – und jetzt zitiere ich aus dem Vertrag, der am 1. Juli 1990 für ganz Deutschland in Kraft trat – „durch Privateigentum, Leistungswettbewerb, freie Preisbildung und grundsätzlich volle Freizügigkeit von Arbeit, Kapital, Gütern und Dienstleistungen“. Auch die

Arbeitsrechtsordnung, so formulierten es vor knapp 30 Jahren die beiden demokratischen deutschen Parlamente mit jeweils klaren Mehrheiten, soll – ich zitiere wieder – „eine der Sozialen Marktwirtschaft entsprechende“ sein. Und um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, „garantieren“ die beiden deutschen Vertragspartner ausdrücklich - neben u.a. der Berufs- und der Koalitionsfreiheit – auch noch Wort für Wort – Zitat - „das Eigentum privater Investoren an Grund und Boden sowie an Produktionsmitteln“.

Ich bitte um Verständnis für diese Vielzahl an Zitaten, die ich Ihnen nicht zumute, um mich für spätere Überprüfungen zu wappnen. Sie sollen nur nachvollziehbar machen, wie weit sich beispielsweise die deutsche Energiepolitik, die ja in eine durchweg staatswirtschaftliche Veranstaltung ausgeartet ist, oder die schon wieder überregulierte und die Koalitionsfreiheit der Sozialpartner beschneidende Arbeitsmarktpolitik oder die die Generationengerechtigkeit mißachtende Rentenpolitik von den gesetzlich sauber definierten ordnungspolitischen Grundregeln entfernt haben. Von den wohnungspolitischen Exzessen der Berliner Szene eh zu schweigen. Was ausdrücklich auch für das vom Berliner Senat vorgesehene fünfjährige Verbot von Mieterhöhungen gilt, das erkennbar mit der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes kollidiert.

Damit wird zugleich deutlich: Die Ursachen für die gegenwärtige wirtschaftliche Schwächephase in unserem Land sind keineswegs nur ausserhalb unserer Grenzen zu orten. Denn es ist an der deutschen Politik, die Eigenkräfte zu fördern und zu fordern, die der Sozialen Marktwirtschaft innewohnen. Tut sie das? Bund und Länder scheinen jedenfalls nicht zu realisieren, daß wir unter den vergleichbaren Ländern einen bedrückenden Mangel an Chancengerechtigkeit aufweisen, was natürlich auch und keineswegs zuletzt mit erheblichen Mängeln in unseren Kindergärten und Schulen zu tun hat. Sie ignorieren, daß bestmögliche Erziehung und Bildung – und natürlich Weiterbildung - auch die beste Arbeitsmarktpolitik und prophylaktische Sozialpolitik ist. Sie nehmen nur unzureichend wahr, wie wir gerade jetzt, in dieser Zeitenwende, auf die Kräfte der Erneuerung aus Wissenschaft und Forschung und Entwicklung angewiesen sind. Jede chinesische Großstadt investiert mehr in „künstliche Intelligenz“ als wir fürs ganze Land! Und selbstverständlich brauchen wir Infrastrukturen stetig auf der Höhe der Zeit Es ist schlicht unakzeptabel, sich hierzulande analog wie digital auf nahezu allen Strecken auf „Verspätungen“ einrichten zu müssen. Geben wir acht, daß nicht eine „verspätete, eine späte Nation“ daraus wird!

Wir wissen doch: Deutschland kann mehr – und Europa kann auch mehr. Beide brauchen gerade jetzt mehr Marktwirtschaft und mehr gemeinsamen Markt. Und dazu gehören eine gemeinsame Klima- und Energiepolitik ebenso wie eine gemeinsame europäische Digitalpolitik (und übrigens auch eine gemeinsame 5G-Infrastruktur!) Es ist höchste Zeit, daß wir den auf diesem Kontinent in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung in reichem Maße vorhandenen Kompetenzen, Fähigkeiten und Möglichkeiten endlich freien Lauf lassen, sie herausfordern, aber auch fördern. Wir sind das den uns nachfolgenden Generationen schuldig. Auch „old Europe“ braucht einen Neuanfang!